

# Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 20 Pf. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

## Ein Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise.

Im Dezember 1917 ist in Berlin ein Verband gegründet worden, der sich die Förderung sparsamer Bauweise zur Aufgabe macht. Der Verband ist aus dem „Kussfuß zur Förderung sparsamer Bauweise“ hervorgegangen, der seine Tätigkeit auf der Leipziger „Heimdanke“-Ausstellung durch Veranschaulichung seiner Bestrebungen und durch verschiedene praktische Vorlesungen begonnen hat. Der Vorsitzende des Verbandes ist der Geheimne Ratungsrat und ordentliche Professor der Baukunst, Dr. Friedrich Seehelberg in Berlin. Dem Arbeits- wie dem Ehrenauschuss gehören zahlreiche Bauärzte, Architekten und ähnliche Herren an; auch einige bekannte Sozialpolitiker sind darunter. Wichtig ist es, daß der an den Bestrebungen des neuen Verbandes doch gewiß nicht uninteressierte Arbeitgeberbund für das Baugeschäft in diesen Ausschüssen nicht vertreten ist. Außer dem Direktor des Tiefbauarbeiterverbandes, W. Wagners, ist, soweit wir feststellen konnten, auch von den anderen baugeschäftlichen Arbeitgeberverbänden in diesen Ausschüssen kein Vertreter. Wir vermuten, daß dies kein Zufall ist, sondern daß die Arbeitgeberverbände den Bestrebungen dieses Verbandes mit sehr gemäßigten Gesinnungen gegenübersehen und daß sie keine Verantwortung für sein Tun mit übernehmen wollen.

Der Zweck des Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise ergibt sich schon aus seinem Namen. Er will auf eine Verbilligung des Bauens hinwirken. Mit welchen Mitteln er die Verbilligung des Bauens erreichen will, spricht er in seinem letzten veröffentlichten Aufsatze im einzelnen nicht klar aus. Aber in großen Umrissen hat er immerhin sein Programm entworfen. In dem Aufsatze heißt es an einer Stelle: Die Höhe des Woffes sei durch fastische Befreiung rechtzeitig auf die gehende Höhe zusammengeführt. In dem nächsten Absatz heißt es: In dem Maße, wie die Bauweise sich zu verbessern beginnt, werden auch die wirtschaftlichen Gedankenstellungen auf die Verbilligung der Konstruktionen zu richten, auf die Verbilligung der Anschaffungen, auf die Anwendung der ersparungsfähigen Baustoffe, soweit diese dauerhaft und gut genug sind, sowie auf Typisierung von Bauteilen aller Art. Jegliche Verschwendung auf wirtschaftliche Bedürfnisse muß zurücktreten hinter dem Streben nach Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Haltbarkeit. Der ersparnisreiche Trieb im Schaffen guter baulicher Erzeugnisse bedarf der gleichen Beschleunigung wie das bisher geltend eingetretene Erfahrungs- in der Munition- und Anfertigungsmittelbeschaffung. Hängt doch unserer künftigen Wohlstandes wesentlich von diesen Dingen ab.

Das Bestreben des Verbandes läuft also zunächst auf eine Verbilligung des Bauens ab. „Wichtigste Bemerkungsmittel und -Sachen guter baulicher Erzeugnisse“ — das besagt wohl alles. In den Erfahrungsmittelebenen sollen in Zukunft auch noch Erzeugnisse und Erzeugnisse kommen. Wir können uns dabei den Wunsch nicht entgehen lassen, daß diese Erzeugnisse — die Erzeugnisse, Holz- und Leinwand, und was man in dieser Richtung sonst noch planen und erfinden mag — von den Bestrebungen der sparsamen Bauweise zuerst persönlich ausprobiert werden möchten. Es mag doch einen höchst eigenartigen Eindruck, wenn man anderen wirtschaftlichen Genügsamkeit im Wohnwesen empfiehlt, aber selber diese Genügsamkeit durchaus vermissen läßt.

Aber die Verbilligung des Bauens ist es nicht allein, die uns in dem Programm des neuen Verbandes nicht gefällt. Die Verbilligung seiner Bestrebungen hätte selbstverständlich auch einen ganz erheblichen Ausfall an Arbeit für die Bauarbeiter aller Art zur Folge. Zur Erzielung von Holz- und Leinwand würden kaum noch viele Maurer gebraucht, und da man Zement in den Woh-

nungen Minderbemittelter dann hauptsächlich als überflüssigen Luxus ansehen würde. So würden von der sparsamen Bauweise natürlich auch die Arbeiter der Baugeschäfte auf schwerste betroffen. Wenn es sich bei dieser Heberflüssigmachung von Arbeitskräften um wirtschaftliche oder technische Fortschritte handelte, so könnten und müßten sich die Bauarbeiter ohne weiteres damit abfinden; aber um solche Fortschritte handelt es sich nicht, sondern um das Gegenteil. Auch noch andere Gefahren bestehen für die Bauarbeiter, vor allem die Gefahr, daß das Streben nach Sparfamkeit zur Herabdrückung der Löhne der Arbeiter benutzt werden und daß das Streben nach Verbilligung zu einer unerbittlichen Ausbeutung der Arbeiter führen könnte. Wenn auch die Bauarbeiter selbstverständlich vernünftigen technischen Neuerungen, die die Arbeit ohne größere Ausbeutung der Arbeitskraft ertragreicher machen, nicht ablehnend gegenübersehen, sondern sie begrüßen, so müssen sie sich doch mit aller Entschiedenheit gegen einen etwaigen Rückbau an ihrer Arbeitskraft wenden.

Der Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise begründet sein Streben mit der Notwendigkeit, die erschöpft und erschöpfungsbedürftig aus den Kämpfen zurückkommenden Krieger zufriedenzustellen und unterzubringen. Er weist auf die Gefahr hin, die dem Staat aus einer verdoctrinerten Beamtenerschaft und Arbeitererschaft entstehe. Wie solle der Großgrundbesitzer und der Großindustrielle mit einer verdoctrinerten Beamten- und Arbeitererschaft wirtschaftlich wirtschaften? Es gehe geradezu um die Grundlagen jeder Wirtschaftlichkeit im Staat! Was bis jetzt zur Abhilfe vorgeschlagen worden sei, seien weit mehr Klappen als Fingerzeige von Wert. Volleends müßten solche Vorschläge als verfehlt bezeichnet werden, die darauf abzielen, bisherige — obgleich unwirtschaftlich gewordene — Baugeschäfte mit unerschöpflichen Staatsbeihilfen oder mit Staatsleistungen lebensfähig zu erhalten. Woher solle der selbst überzubehende Staat angesichts der riesigen Maßstäbe des bevorstehenden Siedlungsbedarfes die erforderlichen Hilfsmittel nehmen? Alle Grundbesitz- und Besitzungen überlastet und teuer; die Arbeitskräfte sowohl wie die Preise der Baustoffe seien dekaritig gehalten, daß vielerorts selbst gescheiterte Grund und Boden kaum noch auskömmlich besiedelt werden könne. Bei dieser Lage sei trotz des neuemden Lage könne der Schlüssel des Siedlungsproblems hauptsächlich nur in sparsamer Bauweise liegen.

Da hätten wir schon die „hohen“ Arbeitslöhne als Stein des Anstoßes! Es wird in dem Aufsatz nicht davon gesprochen, daß sie herabgesetzt werden müßten; aber das Streben in dieser Richtung wird für den Verband zur Förderung sparsamer Bauweise nicht weit abseits liegen. Wir möchten deshalb schon heute keinen Zweifel darüber lassen, daß sich die Bauarbeitererschaft einer Herabsetzung ihrer Löhne, bevor nicht mindestens alle alte Lebenshaltung wieder erreicht ist, mit allen Kräften widersetzen wird. Wir sehen nicht ein, wie es nicht möglich und Einzelstaaten das Siedlungsproblem mit allen Mitteln, auch durch Verbilligung von Geldmitteln, fördern sollten. Während des Krieges sind für die Kriegführung, in der Hauptfrage zu Zwecken der Vernichtung, Milliarden über Milliarden aufgebracht worden, und wenn es zur Verbilligung von Heimat und Vaterland notwendig ist, werden noch weitere Milliarden aufgebracht werden. Da sollten, wenn nun der Krieg zu Ende ist, nicht auch noch einige Milliarden für kulturelle Zwecke vorhanden sein? Da sollte es dem Reich nicht möglich sein, zur Wohnungsbeschaffung für die Verbilligter des Vaterlandes auch noch etwas Geld aufzutreiben? — Je möglich ist das schon; es ist nur eine Frage des Willens und Müßens, nicht des Könnens. Das hat der Krieg wohl längst bewiesen!

Im übrigen geben wir zu, daß dem Volkswirtschaftlichen Standpunkt aus in der Zeit nach dem Kriege eine vernünftige Sparfamkeit für das Bauwesen sehr erwünscht ist. Soweit sich das durch technische Verbesserungen, Vereinfachung

der Arbeitsweise, Vermeidung von überflüssigen Luxus, Vereinfachung von Bautypen und Bauteilen usw. erreichen läßt, werden sich auch die Bauarbeiter ohne weiteres damit abfinden. Aber wenden müssen sie sich — und muß sich die ganze Arbeitererschaft — gegen eine Verbilligung des Wohnens, gegen eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung und gegen die Steigerung ihrer Ausbeutung durch übermäßige Inanspruchnahme ihrer Arbeitskraft.

## Die Frau im Wirtschaftsleben.

(Nachdruck nur mit Erlaubnis des Verfassers.)

Die Industrialisierung der einzelnen Volkswirtschaften bringt Veränderungen der mannigfaltigen Art mit sich. Da und dort werden Kräfte frei und suchen nach Verbilligung. Viele selbständige Gewerbetreibende werden unelbständig; im Handel vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Der Zug zum Großbetrieb und zur Konzentration (Zusammenfassung mehrerer Betriebe zu einem oder die Angliederung kleiner Betriebe an einen oder mehrere große) ist noch nicht am Ende. Das will heißen, daß ein großer Teil unserer Volksgenossen dauernd in abhängigen Stellungen tätig sein muß. Vor allem ist es die Frau, die von den Veränderungen im Wirtschaftsleben betroffen wird.

Aus verschiedenen Gründen beteiligt sich die Frau im Wirtschaftsleben: Weil sie sich und den ihrigen etwas leisten will, weil sie zu den Haushaltungskosten beitragen will und muß, weil sie sich allein ernähren muß. Was weisen Gründe sind immer Arbeit ankommt, nicht macht sie es, um die Männer zu verdrängen. Immer sind es technische oder materielle Gründe, die sie zum Erwerb in der Fremde zwingen oder drängen. Von den Gegnern der Frauenberufstätigkeit in den einzelnen Berufen wird übersehen, daß die technischen und wirtschaftlichen Fortschritte, aber auch die Kultur, die Frauen direkt in das Wirtschaftsleben hineinzuziehen; daß sie gebraucht werden, daß ohne sie eine geordnete, gewinnbringende Volkswirtschaft undenkbar wäre. Es ist auch nicht wahr, daß die Frauen oberflächlicher als die Männer sind, daß sie sich für Fuß und Land interessieren und eine bequemere Versorgung durch die Ehe suchen. Ausnahmen beweisen die Regel. Wenn man sich ein einigermaßen zutreffendes Urteil über die Verbilligung der Frau Berufsleistungen zu Rate zieht.

Die Berufsleistung von 1907 ergab in Deutschland einen Frauenüberschuss von etwa vier Fünftel Millionen, die vom Jahre 1895 952 000. Dieser Rückgang kommt nicht von einem etwaigen Mangel an Mädchengeburten, sondern er ist in sozialen Umständen begründet. Es werden ursprünglich sogar mehr Knaben als Mädchen geboren (100 auf 100); bald aber ist dieser Vorprung von den Mädchen eingeholt. Schon die Sterblichkeit der männlichen Säuglinge ist größer als die der Mädchen; dazu kommt die kürzere Lebensdauer der erwachsenen Männer und die Auswanderung. Der Rückgang des Frauenüberschlusses in den Jahren von 1895 bis 1907, verglichen mit der Zeit von 1892 bis 1895, wird im allgemeinen auf einen Rückgang der Auswanderung zurückgeführt. Er war in den sechziger Jahren in Deutschland sehr geringfügig. Die stärkere Berufsleistung der Männer vermindert wohl ihre Lebensdauer; die Verminderung der Säuglingssterblichkeit und gesunde Lebensweisen der Männer wirken dagegen wieder einem Frauenüberschuss entgegen.

Das Lebensalter spielt als Ursache der bemerkenswerten Berufsleistung keine große Rolle. Denn von den im Heiratsalter stehenden Frauen von 18 bis 35 Jahren bleibt bei Gegenüberstellung der entsprechenden männlichen Ehestandsbereiten im Alter von 21 bis 35 Jahren nur ein Heberüberschuss von 24 000 unverheirateten, verheirateten oder geschiedenen Frauen. Nimmt man das weibliche Heiratsalter dann verschoben (unverheirateten, verheirateten oder geschiedenen) Frauen über 35 Jahre überlegt dagegen die der einflussreicheren Männer über 45 Jahre um etwa 24 Millionen. Daraus geht hervor, daß ein großer Teil des Frauenüberschlusses ein Witwenüberschuss ist. Aus diesen Daten zieht Gertrud Häumer in ihrem Buch „Die Frau in Volkswirtschaft und Staat“ den Gegenwert diesen Schluss: Die überlebende Zahl der Frauen (1907 p. 1.) findet für



hat Waldburg im Verhältnis zu den Landgemeinden noch günstigste Verhältnisse. Inzwischen haben sich die Wohnungsverhältnisse nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert. Nach den neuesten, während des Krieges vorgenommenen Ermittlungen bestehen in der Stadt Waldburg 73 pzt. aller Wohnungen nur aus einem einzigen Zimmer. Dieser Minderbetrag liegt in Wittersbach auf 78 pzt., in Altweiser auf 89 pzt., in Oberwaldburg auf 92,5 pzt., in Grotteberg auf 97 pzt. und in Grembsdorf sogar auf 97,9 pzt. Man sieht daraus, wie nötig eine gründliche Erneuerung des Wohnungsbestandes ist. (November 1917.)

Wohnungsnot in Graudenz.

Das stellvertretende Generalkommando hat für Graudenz ein allgemeines Umzugsverbot erlassen. Bis jetzt liegen hier 100 Wohnungsfindungen für den 1. Oktober vor. (Juli 1917.)

Wohnungsnot in Cassel.

In hiesigen Zeitungen fanden sich kürzlich zwei Anzeigen, die für die herrschende Wohnungsnot bezeichnendes Zeugnis ablegen. Die eine lautet: „100 Wohnungen sollte ich dem, der mir eine Wohnung mit Küche (Preis 1.000 Mark) für junges Ehepaar ohne Kinder für 1. Januar 1918 verschafft, und die andere kündigt lautet: „100 Wohnungen sollte ich dem, der mir eine Wohnung mit Küche für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung oder zwei leerer Zimmer mit Küche zum 1. Januar 1918 besorgt. (Dezember 1917.)

Wohnungsnot in Seesen am Harz.

In Seesen am Harz, einer kleinen braunschweigischen Stadt von noch nicht 6000 Einwohnern, herrscht eine solche Wohnungsnot, daß zum 1. Juli dieses Jahres noch neun Familien ohne Wohnung sind. Der Wohnungsmangel ist in den letzten Vierteljahre ungemein gestiegen. Die Erhaltung der Stadtverwaltung hat infolgedessen ein ihr gehöriges Gebäude zur Aufschlüsselung zur Verfügung gestellt und einen Ausschickel mit der Anweisung von Bauplänen für dieses Gelände beauftragt. (Juni 1917.)

Wohnungsnot in Halberstadt.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates wurde mitgeteilt, daß etwa 60 Familien zum 1. Oktober keine Wohnung hätten finden können. Viele Hausbesitzer hätten Mietsteigerungen, selbst bei Kriegerverwehren, vorgenommen. Um in der Wohnungsnot Abhilfe zu schaffen, beschloß das Gewerkschaftsrat eine Baugenossenschaft zu gründen und beauftragte einen Bauherrn mit der Vorbereitung dieses Planes. (Oktober 1917.)

Wohnungsnot in Eschwege.

Die Stadtverordneten haben ihre Zustimmung, daß zur Linderung der Wohnungsnot zehn Doppelhäuser mit Steinwohnungen errichtet werden. (Dezember 1917.)

Wohnungsnot in Wertheburg.

Zur Veranschaulichung herrscht eine derartige Wohnungsnot, daß die Kaiser-Wilhelm-Halle als Wohnheim eingerichtet werden mußte. Auch sollen in ihre noch sechs bis sieben Familien untergebracht werden. (Juli 1917.)

Wohnungsnot in Landshut.

In Landshut, einer fast fünftausend Einwohner tragenden hannoverschen Stadt von noch nicht 11.000 Einwohnern, machte der Bürgermeister die Mitteilung, daß man auch hier mit einem Mangel an Steinwohnungen werde rechnen muß. Zwar haben die gemeinnützigen Bauvereine bereits Schritte zur Abhilfe getan, aber das genügt nicht, denn es habe sich herausgestellt, daß sich der Bau von etwa 150 Steinwohnungen notwendig mache. Es sollen nun Untersuchungen mit der Regierung angeknüpft werden, damit diese der Stadt Dominiatsgelände zu Siedlungsplätzen für einen billigen Preis überläßt. (November 1917.)

insofern bei einem Stillstand der Bevölkerungs Zunahme oberhalb von einem Bevölkerungsstand liegt, und ein allgemeiner Stillstand der Kultur eintritt. Der Bauer im Gebiete von Babylon arbeitet zum Beispiel heute noch mit denselben primitiven Werkzeugen, die seine Vorfahren schon vor Jahrtausenden in Benutzung hatten.

Der Rückgang der Bevölkerungszahl ist also kein Glück, sondern ein Unglück für ein Land, und zwar sowohl aus kulturellen wie aus wirtschaftlichen, und schließlich auch aus nationalen Gründen. Denn die Erfahrung lehrt, daß dünnbesiedelte Länder immer noch sehr leicht ein Raub ihrer dichtbesiedelten Nachbarn werden. Darum haben sich auch die deutschstämmigen und besonders die preussischen Völkern noch dem dreifachen und dem siebenfachen Zehnfachen bemüht, ihre Bevölkerungszahlen und den Lande möglichst rasch zu vergrößern, und es ist nicht zu bestreiten, daß das Aufstreben der preussischen Lande in hohem Maße auf diese Bevölkerungssteigerung zurückzuführen ist.

Wenn nun aber der Rückgang der Bevölkerungszahl für ein Volk ein Glück, sondern eine Gefahr und ein Unglück ist, so hat der Staat alle Ursache, dem Gebietsrückgang nicht tatenlos zuzusehen, sondern ihn energig zu bekämpfen. Nach dem letzten Kriege wird das um so notwendiger sein, als ja der Krieg hunderttausende Männer im besten Lebensalter der einwogungsgerüst hat, während er andere hunderttausende zu Krüppeln gemacht oder sie mit dauerndem Siechtum befallen hat. Das ist ein ganz gewaltiger Verlust an Volkskraft, der um so schwerer zu verwinden wäre, wenn unser Volk durch eine allzu starke künstliche Einschränkung der Gebietsverhältnisse in der gleichen Richtung wirkte.

Nun stellen wir es freilich für das Verheerete, was eine Regierung tun könnte, wollte sie etwa dem Gebietsrückgang mit Strafbeschlüssen oder andern mehr oder minder gewalttätigen Mitteln entgegenwirken. Eine Besserung ist hier vielmehr nur möglich, wenn man das Uebel an

Vom Wohnungsleben linderreicher Familien.

Das Wohnungsleben linderreicher Familien spiegelt sich recht deutlich wieder in einem Eingeladene des linderreichen Generalarztgegers, zu dem jede weitere Bemerkung überflüssig ist. „Seit dem 1. April lade ich täglich nach einer Wohnung für mich und meine fünf Kinder und habe bis jetzt wohl 50 Wohnungen gesehen, bin aber stets meines Kinderlebens wegen abgewiesen worden. Und so geht es auch Frauen mit weniger Kindern, ja oft sogar mit einem Kinde. Wir wollen keine Kinder im Hause haben! so und ähnlich lautet die Parole. (Juli 1917.)

Der „Volkswille“ in Hannover bezeugt die Not der linderreichen Familien an das Kriegsministerium, das in dem Bemerkung überflüssig ist. Die Frau, wohnhaft in Biederau bei Dieren, ist durchwegs auf die Straße gesetzt worden, nachdem alle ihre Bemühungen, eine andere Wohnung zu bekommen, vergeblich gewesen sind. Vom Bürgermeister hat sie folgende Antwort erhalten: „Geheimwohnungen sind keine da und hier ist nichts frei. Ich kann Ihnen keine geben.“ Dann schickte er in dem Briefe: „Am 7. Dezember, morgens 8 Uhr, erließen der Gerichtsbesitzer mit zwei Mann und setzte alles auf die Straße. Wegen abend ließ der Herr Bürgermeister die Möbel mit Fußboden aufladen und in einen Schuppen laden, wo sie freigegeben und halb kaputt und beschmutzt sind. Die Kinder sind auf beengtes Plättchen vom Herrn Bürgermeister auf acht Tage ins Waisenhaus gebracht. Ich und der älteste Sohn von 15 Jahren sind selbst überlassen. ... Ich bin alle Tage auf Wohnungsbesuche und kann mit meinen neun Kindern keine Wohnung bekommen. (Januar 1918.)

In Nordhagen wurde ein Wohnungssucher von einem in der Osterstraße wohnenden Hausbesitzer gefragt: „Wohin sollen Sie mit Ihren Kindern gehen?“ „Wohin sollen Sie mit Ihren Kindern gehen?“ „Wohin sollen Sie mit Ihren Kindern gehen?“ „Wohin sollen Sie mit Ihren Kindern gehen?“ „Wohin sollen Sie mit Ihren Kindern gehen?“

In der Aprilnummer der „Mieterversicherung“ befindet sich folgende Schilderung einer Mieters Wohnung: „Nicht weit vom prunkvollen Rathaus entfernt lenken wir unsere Schritte auf einen Hof. Dort liegt über einem alten Friedhof ein bis vor kurzem als Lagerraum benutzter Gewölbekeller. Der Zugang vom Hofe führt über eine steile eiserne Treppe. Die Gänge durch eine unendliche Reihe in den Wohnungen verlaufen. Von dem Hofe sind 10 m lang, 4 m breit, 4 1/2 m hoch. Der Grund ist entsetzlich; denn hier lagerte bisher Salzlake. Von den Wänden läuft das Wasser. Die Decke bildet eine rote Wackelwand, die so wackelt, daß einige Stellen mit leeren Säcken verstopft werden mußten. Über den Wänden sind Blechschirme aufgeschlagen. Durch einige über den Fenstern angebrachte Gitter werden die einzelnen „Zimmer“ abgetrennt. Zwei kleine Spalten als Fenster erheben unbedeutend den Raum. Das Ganze bildet einen furchtbar trostlosen Anblick. Und hier wohnt eine schwere Arbeiterfamilie. Der Mann ist Schlosser und verdient gut. Die am kleinen eiserernen Ofen sitzende Frau erzählt, daß sie zehn und sieben Jahre in einem Hause gewohnt und immer pünktlich ihre Miete gezahlt hätte. Aus der ersten, recht samenlosen Wohnung hätten sie auf Anraten des Arztes ausziehen müssen, weil zwei Kinder, langere Krankheit in den furchtbaren ungesunden, nicht warm zu bekommen, nachts ohne Raum. Die Mutter erzählt weiter, daß sie des Nachts mit den Kleinen in die nächstmaligen Betten gehen müßten, um nicht zu erfrieren. Sie spricht mit Bitterkeit über ihre fortgesetzten Bemühungen,

eine andere Befahrung zu finden; aber überall würde sie ihrer fünf Kinder wegen abgewiesen. - Der Mietpreis für diese „Wohnung“ beträgt 4 1/2 monatlich. (Juni 1917.)

Obdachlose linderreiche Kriegervfamilien: In der Stadtgasse in Dorstendorf hat eine Bekanntschaft erlassen, die ein großes Schicksal auf die Wohnungsnot der linderreichen Familien trifft. Sie heißt hiesig: „Eine hiesige Frau und Mutter, der die Sorge für die Kriegervfamilien am 2. März tagt, hat zur in den letzten Tagen tragend und meinen Verstand. ... Entschlossen mitgeteilt, daß hier bis fünf hiesige Kriegervfamilien dem nächst der Befahrung der Obdachlosigkeit ausgesetzt sein, diese linderreichen Kriegervfamilien überall, angestrichelt ihre großen Kinderzahl, abgewiesen werden. ... Haupt der Kriegervfamilien und der linderreichen Familien überhaupt, richte ich an die Hausbesitzer und Wohnungsverwalter die erste Wohnung, sich dieser Familien anzugewöhnen.“ (April 1917.)

Selbstmordversuch infolge Wohnungsnot. In Jena warf sich eine junge Frau vor einen heran kommenden Straßenbahnwagen auf die Schienen. Sie konnte noch im letzten Augenblicke gerettet werden. Sie hat den freiwilligen Tod gesucht, weil alle ihre Bemühungen eine Wohnung zu finden, erfolglos gewesen seien. In dem bisher von linderreichen Familien benutzten Gebäude sind bereits sechs obdachlose Familien untergebracht worden. Für weitere sechs Familien soll in diesem Hause auch noch Platz geschaffen werden. Raum aber sind die verhältnismäßig kleine bis auf den letzten Platz besetzt. (Juli 1917.)

Diese Notigen mögen für diesmal genügen. Sie sind eine furchtbare dringende Wohnung an all diejenigen, die zur Hebung der Wohnungsnot mit berufen sind. Wenn es heute schon auf dem Wohnungsmarkte so aussieht, wie wird's dann erst werden, wenn unsere Willkürherrscher nach Hause kommen? Wenn die vielen Kriegsvaterlosen Wohnungen verlangen? Wenn die Nachfrage nach Wohnungen durch neue Eheschließungen weiter steigt? Wenn die während des Krieges aufgegebenen Kaufhäuser wieder geräumt werden? Die Gefahr, die uns dann in diesen Städten droht, ist furchtbar. Es würde sich immer richten, wenn nicht heute schon alles aufgeboten würde, um diesen Gefahr zu begegnen. Wie ihr zu begegnen ist, haben Fachleute in vielen Eingaben dargestellt; durch schneidende Eingriffnahme aller Vorbereitungen für den Kleinwohnungsbaue, Vergabe und Aufschlüsselung von Bauplan, Fertigstellung und Genehmigung der Baupläne, Beschaffung von Bauhilfen aller Art. Zu diesem Zweck möglichst baldige Entlassung aller irgendwie entbehrlichen Arbeitskräfte, damit wenigstens bei Kriegesbeginn sofort mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden kann. Soweit dies die vorhandenen Baupläne und Arbeitskräfte erlauben, muß in Städten größter Wohnungsnot noch während des Krieges mit dem Bau von Kleinwohnungen begonnen werden. Gedacht dies nicht, dann werden wie am Ende des Krieges als Folge der Wohnungsnot eine Steigerung der Mieten eintreten, die alles auf diesem Gebiete bisher Gewonnene in den Schatten stellt, und die durch beschleunigte Maßnahmen ebenbürtig wirksam zu bekämpfen sein wird wie der Hunger und Scheißhandel mit Lebensmitteln während des Krieges.

Zu den politischen Massentretts.

In der letzten Woche ist es in Verbindung des Stellen Deutschlands erneut zu politischen Massentretts gekommen, die besonders in Berlin einen verhältnismäßig großen Umfang und zeitweilig einen bedrohlichen Charakter annahm. Daß es zu solchen Ausbrüchen der Volkseinstimmung kommen würde,

kennt, daß in unsern Großstädten schon ein Ehepaar mit einem Kinde oder zwei Kindern oft nur schwer eine gute Wohnung findet. In vielen „besseren“ Häusern würde man, wenn irgend möglich, Kinderlose Leute, höchstens nimmt man ein Ehepaar mit einem Kinde und mit zwei Kindern auf. Denn die „besseren“ Mieter wollen Ruhe haben und durch Kinderlärm nicht geirrt sein. Wer drei oder vier Kinder hat, der darf in solch ein Haus gar nicht erst kommen, der wird selbst in einer ganz gewöhnlichen Mietkassene nicht mehr gern gesehen. Hat er sogar das Unglück — denn das Unglück und nicht als Segen wird heute in unsern Großstädten eine große Familie empfunden — fünf, sechs oder gar noch mehr Kinder zu haben, so kann er Tage und Wochen lang, bevor er überhaupt eine Wohnung findet, und meistens muß er sich dann mit ganz elenden Wohnorten begnügen, einmal, weil er keine bessere Wohnung bekommen kann, dann aber auch, weil seine Mittel kaum zur Befahrung geistvoller denn zur ausreichenden Befahrung seiner Kinder langem. Der hiesige Landeswohnungsinspektor Dr. Kaufmann hat diese Zustände in folgenden trefflichen Worten geäußert: „Mit der Zahl der Kinder steigt bei den linderreichen Familien das Raumbedürfnis, es sinkt jedoch die Fähigkeit, die entsprechende Miete aufzubringen.“

So ist es! Und weil es so ist, darum muß jeder, der dem Gebietsrückgang wirklich ernsthaft entgegenwirken will, hier einschreiten. Er muß die Voraussetzungen schaffen helfen, unter denen dem Arbeiter und dem kleinen und mittleren Beamten die Ermögung, Kleidung und Erziehung einer größeren Kinderzahl möglich ist, ohne daß er selbst sein Wohlstand und sein Lebensglück opfert. Solange das nicht geschieht, werden alle religiösen und vaterländischen Ermahnungen an den Tatkraften abprallen und wirkungslos verhallen.

H. Ellinger in der „Generalkassischen Finanzverwaltung“.



war in den letzten Wochen fast jeden, der die Stimmung im arbeitenden und darbenenden Volk kennt, mit gemischter Sicherheit zu ermarken. Die Maßnahmsmittel und die Aufgabe, die die Regierung nicht gelöst, die vorhandenen Lebensmittel auch nur einigermaßen reißlos zu erfassen und gleichmäßig an Arme und Reich zu verteilen, hatten ja bei den Massen schon längst eine dumpfe Mißstimmung erzeugt, die sich auch wiederholt ziemlich vernehmlich gelüßert hat. Dazu kam in neuerer Zeit noch das geradezu provozierende Verhalten der preussischen Gesetzgeber in Sachen der vom König versprochenen Wahlreform, kam das ständige Auftreten der sogenannten Vaterlandsparthei gegen den von den Volksmassen heißersehenden Versöhnungsfrieden, kam schließlich das recht wenig klare und einseitige Verhalten der Regierung zu diesen Sagen. Das alles und noch manches andere erzeugte bei den Volksmassen ein von Tag zu Tag steigendes Mißtrauen, ob denn die Regierung wirklich auch ernstlich gewillt sei, den Frieden so rasch herbeizuführen, wie er sich ohne Schaden für Deutschland herstellen läßt, und ob die Regierung auch wirklich die Kraft aufbringen werde, den Widerstand der Reaktionsäre gegen die Verwirklichung der künftigen Wahlrechtsvollmacht zu brechen. Man fürchte die Ungleichheit und Unruhe förmlich wachsen, von Woche zu Woche, von Tag zu Tag. Und diese Unruhe und Ungleichheit gaben den Boden ab, auf dem eine Ausforderung zum Massenstreik förmlich glücken mußte.

Man für die überwiegender Meinung bei am Streik beteiligten gewöhnlichen Arbeiter sicher unecht, wenn man sie als Feinde des Vaterlandes, als Vaterlandsverräter bezeichnen wollte, wie das einzelne reaktionäre Presseorgan so recht durchsichtigen Zweck getan haben. Von der Ansicht, Deutschland zu schädigen, kann bei der Masse der Streikenden gar keine Rede sein. Man kann den Streik lediglich als Ausdruck des Willens der Arbeiter ansehn, der Regierung und den Reaktionsären und Machtpolitikern zu zeigen, daß die Arbeiter auch noch da sind, daß man ihre Wünsche nicht dauernd mißachten kann und daß sie nicht gewillt sind, für jene Kriegseile weiter zu leben und zu arbeiten, die von den Vaterlandspartheien jurget vertreten werden. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend hat sich auch die sozialdemokratische Partei zur Mildezeit des Streiks bereit erklärt. Es kam dabei zu einem Zusammengehen der beiden getrennten Parteigruppen; je drei Abgeordnete von jeder Richtung gehörten dem Aktionsausschuß an, den der rasch entstandene Arbeiterrat gebildet hatte. Die Vorfisenden der freien Gewerkschaften haben gemeinsam mit der General-Kommission am Freitag, den 1. Februar zu den politischen Ausschüssen Stellung genommen. Die Kundgebung, die sie erlassen haben, war für unser Blatt bereits gesagt. Nachdem wir aber aus der Tagespresse erfahren haben, daß sie nur verhältnismäßig vernehmlich werden konnte, wollen wir lieber auf die Veröffentlichung der Kundgebung ganz verzichten.

### Berichte.

**Annaberg. (Nachr.ber. v. d. A.)** Am 20. Januar abgehaltenen Zweigvereinsgeneralversammlung nahm den Bericht vom verflochtenen Geschäftsjahre entgegen, der zwar nichts Außergewöhnliches bot, aber doch einen Einblick in die schwierigere Arbeit, die sich zur Aufrechterhaltung der Organisation nötig machte, gewährte. Wiederum gab es bei uns keine umfangreichen Arbeitsaufgaben, die den Mitgliedern wie in anderen Bezirken, ausreichende Beschäftigung boten. Die geringe Bautätigkeit im Zweigvereinsgebiet wies sich auf seinen äußeren Grenzen ab, der Weg nach dort war für die Mitglieder nie für die Rettung des Vereins, sondern für die jetzigen beschränkten Lebensbedingungen, die sich umwollt und zeitraubend. Die Lebenshaltung war knapp und ungeheuer teuer. Die Feuerungsanlagen wurden gesucht, doch mußte in acht Fällen die Heizung nachhelfen. Betreffs der letzten Zusage vom 10. Dezember hat der hiesige Arbeiterverband beschlossen, eine erste Stellung in der hiesigen Tätigkeit zu übernehmen, mit der Begründung, die Bautätigkeit würde durch allzuhohe Löhne ganz unannehmlich. Die Mitglieder sind nicht willens, so ohne weiteres auf ihre Rechte zu verzichten, da auch der Einwand der Unternehmer, die Löhne der Bauarbeiter hätten im Gegensatz zu den Löhnen der anderen Arbeiter zu erhöhen, die in den Großstädten, und außerdem sei hier die Lebenshaltung billiger, allen Zweifeln entbehrt. Die Sache schwebt noch recht unangenehm und für die Agitation und die Kasse unübersichtlich. Der Verein hat sich im letzten Jahre zu den wichtigsten Entscheidungen und der Agitation und die Kasse unübersichtlich gemacht. Der Verein hat sich im letzten Jahre zu den wichtigsten Entscheidungen und der Agitation und die Kasse unübersichtlich gemacht. Der Verein hat sich im letzten Jahre zu den wichtigsten Entscheidungen und der Agitation und die Kasse unübersichtlich gemacht.

konnten nur 37 Arbeitskräfte. Im Laufe des Berichtsjahres wurde von 61 arbeitslosen Mitgliedern 603 Tage gearbeitet; unterjährig wurden 18 an 180 Tagen. An dem Berichtsjahre bezogen 41 Mitglieder für 11 705 Tage. Die Mitgliederbewegung im Berichtsjahre war unregelmäßig. Zum Ende eingetrafen wurden 61, als geflossen gemeldet 4, gestorben sind 3 Mitglieder. Die Durchschnittsmitgliedzahl war 173. Insgesamt wurden während des Berichtsjahres 100 467 Stunden gearbeitet, 4083 Arbeiterstunden. Die Beschlüsse des Vorstandes wurden mit 7230 Stimmen (bei 20 136 Stimmen) gefaßt, 4083 Stimmen (bei 20 136 Stimmen) gefaßt. Die Beschlüsse des Vorstandes wurden mit 7230 Stimmen (bei 20 136 Stimmen) gefaßt, 4083 Stimmen (bei 20 136 Stimmen) gefaßt.

**Mittelfeld. (Nachr.ber. v. d. A.)** Der Zweigverein hat sich im vorliegenden Jahre trotz der Kriegseinwirkungen auf die Bautätigkeit, wieder günstig entwickelt. Es gelang, unsere Organisation wieder so zu stellen, daß sie die Interessen unserer Kollegen wahrzunehmen kann, die im Bereich der Bautätigkeit im Mittelfeld nicht gefördert sind. In allen Teilen des Zweigvereins sind die Mitglieder und die Bautätigkeit im Mittelfeld nicht gefördert sind. In allen Teilen des Zweigvereins sind die Mitglieder und die Bautätigkeit im Mittelfeld nicht gefördert sind.

schäftsjahre hat den Frieden bringen wird, den wir brauchen, um uns auf eine neue Zeit zu entschlüsseln. Deshalb strengen, mit großer Kraft und mit Mut an die Arbeit für unsere Organisation! Wir müssen jeden Arbeiter auf dem Posten des Verbandes zuführen, erst dann erstehen wird unsere Pflicht.

**Göhring.** Am 20. Januar fand die Generalversammlung des Zweigvereins statt. Die Entlohnung des Monats und des Jahresberichtes sowie die Stellungnahme zum Verbandstag füllte die Tagesordnung aus. Die Beschlüsse der Generalversammlung ergaben sich aus dem Berichtsjahres und einer ausführlichen Stellungnahme. Das sind folgende Punkte: Der Vorstand des Zweigvereins hat im Berichtsjahre eine außerordentlich gute Arbeit geleistet. Die Beschlüsse der Generalversammlung ergaben sich aus dem Berichtsjahres und einer ausführlichen Stellungnahme. Das sind folgende Punkte: Der Vorstand des Zweigvereins hat im Berichtsjahre eine außerordentlich gute Arbeit geleistet.

Arbeitsgemeinschaft, aber ohne Lohnausgleich, durch die...
Arbeitsgemeinschaft, aber ohne Lohnausgleich, durch die...
Arbeitsgemeinschaft, aber ohne Lohnausgleich, durch die...

Im den Pastoralen und Sektionen lag das Leben gänzlich...
Im den Pastoralen und Sektionen lag das Leben gänzlich...
Im den Pastoralen und Sektionen lag das Leben gänzlich...

Wenn einst Stellungnahme zum Verbandstag wurde...
Wenn einst Stellungnahme zum Verbandstag wurde...
Wenn einst Stellungnahme zum Verbandstag wurde...

ein lang...
ein lang...
ein lang...

Dauer eines halben Jahres gegeben und ist dann erneut...
Dauer eines halben Jahres gegeben und ist dann erneut...
Dauer eines halben Jahres gegeben und ist dann erneut...

Dresden. Am 20. Januar fand die Quartalsitzung...
Dresden. Am 20. Januar fand die Quartalsitzung...
Dresden. Am 20. Januar fand die Quartalsitzung...

Düsseldorf. In der Jahressynode...
Düsseldorf. In der Jahressynode...
Düsseldorf. In der Jahressynode...

Stellungweise Arbeitseinstellungen gab es am 15. November...
Stellungweise Arbeitseinstellungen gab es am 15. November...
Stellungweise Arbeitseinstellungen gab es am 15. November...

Nürnberg. Unser Zweigverein hielt am 20. Januar...
Nürnberg. Unser Zweigverein hielt am 20. Januar...
Nürnberg. Unser Zweigverein hielt am 20. Januar...







